

**BUCHBESPRECHUNGEN**

**Polskie Towarzystwo Ekonomiczne (Wyd.): *Ład gospodarczy jako efekt działalności państwa w społecznej gospodarce rynkowej*, Warszawa 2005, S. 143.**

Die polnische Gesellschaft für Ökonomie nahm das 15-jährige „Transformationsjubiläum“ Polens und dessen sozialpolitische Bilanz zum Anlaß, um im Rahmen einer Konferenz (Dezember 2004) nach der ordnungs- und – in Grenzen – prozeßpolitischen Rolle des Staates in einer sozial orientierten Marktwirtschaft zu fragen. Dem neoliberalen Diktum eines „so wenig Staat wie möglich“ wird hier ein „soviel Staat wie nötig“ entgegengesetzt, um „das Prinzip der Freiheit auf dem Markt mit der des sozialen Ausgleichs zu verbinden“. Im ersten der elf Konferenzbeiträge führt Z. SADOWSKI – Ehrenvorsitzender der PTE – zunächst kurz jene Faktoren an, die im vergangenen Jahrhundert dem Staat in seiner Sorge um „soziale Gerechtigkeit“ mehr und mehr Lasten aufbürdeten. Mit Blick auf den polnischen Staat steckt er anschließend dessen Handlungsfeld zwischen Globalisierung, Konvergenz und Transformation ab. In diesem Umfeld selbst- und fremdbestimmter Bedingungen sieht sich dieser aktuell mit einer Triade zentraler Probleme konfrontiert, die nach wirksamen Lösungsstrategien verlangen: die soziale Frage (Massenarbeitslosigkeit und Armut), die (unvollendete) Privatisierung und die strukturelle Modernisierung der Volkswirtschaft (Forschung und Entwicklung). Damit

wäre die Agenda für die Folgereferate vorgegeben.

Bevor einzelne polnische Autorinnen und Autoren die Diskussion im Sinne dieser Anregung weiterführen, zeichnen zwei Beiträge von deutscher Seite nochmals die Grundlinien des „Denkens in Ordnungen“ nach. H.F. WÜNSCHE liegt vor allem daran, die ERHARDSche Vorstellung von Freiheit und Markt von falschen Konnotationen eines Leitbilds (und Transformationsziels) zu befreien, das fälschlicherweise deutsche Wirtschaftspolitik dauerhaft von ERHARDS Konzepten geprägt sieht. In dessen Konzeption von Wirtschaftsliberalismus geht es darum, völlig zweckfrei Wirtschaftsfreiheit in einer Marktwirtschaft zu garantieren. Der Wirtschaftsbürger ERHARDS ist dabei prinzipiell sozial orientiert. Für P. PYSZ ergibt sich die Richtigkeit und Notwendigkeit wirtschaftspolitischer Orientierung an ordoliberalen Grundsätzen gerade aus ihrem Lösungspotential für aktuelle Instabilitäten und Problemfelder, die u.a. aus der internationalen Vernetzung wirtschaftlichen Handelns rühren. Hier wird die supranationale Konzepterweiterung in Verbindung mit vielen offenen Fragen angesprochen. Eine davon greift E. MACZYNSKA anschließend in ihrer Darlegung von Kontroversen und Mißverständnissen zur „sozialen Marktwirtschaft“ auf, indem sie besonders auf die Rolle des (National-) Staates im Zeichen der Globalisierung und des Technopols bzw. der Vernetzung (STANISZKIS) eingeht. Negative Folgen wirtschaftspolitischen Handelns resultieren ihrer Auffassung nach aus der Vernachlässigung des Konkurrenzprinzips. Sie plädiert daher für den starken Staat als Garant

ökonomischer Institutionen. W. GZYWACZ sieht dagegen das Lösungspotential des Nationalstaates, - gerade was keynesianisch inspirierte Interventionsansätze angeht - im Schwinden begriffen. Gleichwohl bleiben noch eine Reihe von Organisations-, Sanktions- und Interventionsfeldern dauerhaft gegeben, unter anderem im wissenschaftlich-technischen Bereich. In keinem der Beiträge wird bis dahin mit Bezug auf die aktuelle Lage Polens im ausführlichen Vergleich argumentiert, sieht man von Hinweisen auf den Artikel 20 der polnischen Verfassung ab. Die Frage nach „adaptiver Effizienz“ ordoliberaler Projektionen auf Polen wird nicht gestellt; die (alten) Fragen nach Lösungen grundlegender Zielkonflikte, wie „Effizienz versus Gleichheit (equity)“ scheinen mit der Forderung nach effizienten institutionellen Arrangements beantwortet. Der Folgebeitrag von St. WESOŁOWSKI über „Möglichkeiten und Grenzen der Realisierung sozialer Marktwirtschaft“ stellt diese Bezüge mit Blick auf die aktuelle Entwicklung Polens her. Anknüpfend an ordoliberale Prinzipien plädiert er für einen „schlanken“, durchsetzungsfähigen Staat, der Sozialpolitik im Bewußtsein ihrer Funktionalität für Wachstumspolitik betreibt. Aktuell erscheint der (polnische) Staat in seiner Souveränität wie in seiner ordnungs- und prozeßpolitischen Rolle zunächst einmal durch den europäischen Integrationsprozeß beschnitten, darüber hinaus noch durch zwei Pathologien: den Washington-Konsensus als Transformationsstrategie und den Folgen der Globalisierung. Ein chinesischer Kollege (und nicht nur dieser) wird ihm im Falle der erstgenannten

„Pathologie“ zustimmen, bei der zweiten jedoch erhebliche Einwände anmelden. Der Beitrag WESOŁOWSKIS bietet allerdings gerade in diesem „basic policy trilemma“ ausreichend „Stoff“ für eine Folgetagung der PTE.

Die weiteren fünf Beiträge sind als Fallstudien zu einzelnen Aspekten der ordnungspolitischen Rolle des Staates zu verstehen, unterlegt mit empirischen Materialien. Die Themenfelder reichen von Interventionsformen im Binnen- und Außenmarkt der EU, über die Unternehmer- und Aufsichtsfunktion des Staates in der Bundesrepublik Deutschland – zum Teil mit Vorbildcharakter für Polen – bis hin zu den Vorzügen von Holdingstrukturen als Lösungsvariante im noch abzuschließenden Privatisierungsprozeß Polens. So sehr diese Beiträge ins Detail gehen, so fehlt ihnen weitgehend doch eine abschließende reflektierende Einordnung in die zentrale Thematik dieses Sammelbandes; denn diese Fallstudien stellen eine Art von Lackmustest für eine richtig oder falsch konzipierte ordnungspolitische Rolle des Staates dar.

ROLAND SCHARFF (Osnabrück)

### Neue Bücher

#### Books Received

HERMANN NEIDHART: *Unfall im Ausland. Band 1: Ost-Europa*. 5. Auflage, Deutscher Anwalt Verlag, Bonn 2006, 272 S., 26,00 €. ISBN 3 8240 0656 1.

NIDA GELAZIS (ed.): *Women in East European Politics*. WWICS, Washington 2005, 92 S.